



Natalie Rickli Regierungsrätin

Kontakt: Grauer Bigna, lic. iur., RA Stampfenbachstrasse 30 8090 Zürich Telefon +41 (0)43 259 95 28 Fax +41 (0)43 259 51 63 bigna.grauer@gd.zh.ch

61-2017 / 2019-11-2267 / grb

Adressatinnen und Adressaten gemäss Verteiler (per E-Mail)

2. Dezember 2019

Neue Verordnung zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (VEG KEG): Eröffnung der Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne unterbreiten wir Ihnen den Entwurf für die neue Verordnung zum kantonalen Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (VEG KVG) zur Vernehmlassung. Anlass für die neue Verordnung ist das neue EG KVG vom 29. April 2019, mit welchem ein modifiziertes, bedarfsorientiertes Prämienverbilligungssystem eingeführt wird.

Als Beilagen erhalten Sie den Vernehmlassungsentwurf und die Erläuterungen dazu, ebenso das neue EG KVG. Die Vernehmlassungsunterlagen stehen Ihnen auch in elektronischer Form auf der Website der Gesundheitsdirektion (www.gd.zh.ch) und jener der Staatskanzlei des Kantons Zürich (www.vemehmlassungen.zh.ch) zur Verfügung.

Wir laden Sie ein, den Entwurf zu prüfen und uns Ihre Stellungnahme bis spätestens **31. Januar 2020** zukommen zu lassen. Die Verkürzung der Vernehmlassungsfrist ist unumgänglich, um das Gesetz und die Verordnung noch vor Beginn des Prämienverbilligungsverfahrens 2021 (d.h. spätestens am 1. April 2020) in Kraft zu setzen. Die Prämienverbilligung soll erstmals 2021 nach dem neuen Verfahren durchgeführt werden (vgl. den Entwurf für den entsprechenden Inkraftsetzungsbeschluss des Regierungsrats am Ende des Verordnungstextes).

Mit Inkraftsetzung des neuen Systems wird nur noch die SVA für die Durchführung der Prämienverbilligung zuständig sein. Das bedeutet, dass die Gemeinden ab 2020 davon befreit sind, der SVA die Personalien und steuerbaren Einkommen der Einwohnerinnen und Einwohner zu melden, die Anspruch auf Prämienverbilligung haben. Nebst der Informationspflicht gemäss § 2 VEG KVG sind die Gemeinden jedoch weiterhin verpflichtet, nachträgliche IPV-Gesuche und Nachmeldungen an die SVA weiterzuleiten, soweit es um die IPV-Anspruchsjahre 2020 und früher geht.

Sie erleichtern uns die Auswertung der Vernehmlassung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme auf dem elektronischen Weg zukommen lassen (vegkvg@gd.zh.ch).

Für Fragen steht Ihnen die eingangs angegebene Kontaktperson gerne zur Verfügung. Wir danken Ihnen zum Voraus bestens für Ihre Mitwirkung.



Freundliche Grüsse



Beilagen:

- Vorentwurf vom 2. Dezember 2019
- Erläuterungen zum Vorentwurf (2. Dezember 2019)
- neues Einführungsgesetz zum KVG vom 29. April 2019 (ABI 2019-05-10)

Adressaten dieses Schreibens:

Gemeindeebene unter besonderem Hinweis auf die §§ 2, 48-52, 56, 58 und 60

- Politische Gemeinden des Kantons Zürich
- Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich (GPV)
- Verein Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute (VZGV)
- Sozialkonferenz des Kantons Zürich

Kantonsebene

- Direktionen des Regierungsrates
- Staatskanzlei
- Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich (SVA)
- Datenschutzbeauftragter des Kantons Zürich

Politische Parteien

- die im Kantonsrat vertretenen politischen Parteien

Versicherer

- Santésuisse
- curafutura
- CSS